

26. Februar 2025

Pressemitteilung →

LBBW Research analysiert Alternativen zum Klimageld

Nachhaltige Klimapolitik: Klimageld oder gezielte Investitionen in Gebäudesanierungen?

Das Klimageld soll die Belastung durch den CO₂-Preis abfedern und gesellschaftliche Akzeptanz für die deutsche Klimapolitik schaffen. Doch ist eine Einmalzahlung sinnvoller als Investitionen in nachhaltige Entlastung, wie zum Beispiel sinkende Wohnkosten?

Menschen mit geringem Einkommen stehen durch Klimaschutzmaßnahmen wie den CO₂-Preis besonders unter Druck. Obwohl sie tendenziell weniger Emissionen verursachen, leiden sie mehr unter den angestiegenen Kosten für CO₂-intensive Produkte, wie z.B. Benzin oder Strom.

Das Klimageld wird als sozialer Ausgleich für die CO₂-Bepreisung diskutiert. Es wurde von der Ampel-Regierung geplant und sollte als pauschale Pro-Kopf-Zahlung an alle Bürger – unabhängig vom Einkommen oder dem individuellen CO₂-Verbrauch – ausgeschüttet werden.

„Um der Skepsis gegenüber Klimapolitik entgegenzuwirken müssen Haushalte spüren, wie mit dem eingenommenen Geld die Lebensumstände in einer nachhaltigen Art verbessert werden“, erläutert Sabrina Kremer, Analystin des LBBW Research. „Statt kurzfristiger Ausgleichszahlungen muss Klimapolitik dort ansetzen, wo sie echte Entlastung schafft – zum Beispiel bei den Wohnkosten der einkommensschwächsten Haushalte.“

Laut LBBW Research könnten Einnahmen aus dem CO₂-Emissionshandel, anstatt in Ausgleichszahlungen, gezielt in die energetische Sanierung von Wohngebäuden investiert werden. Denn hohe Energiekosten durch alte Gebäude und ineffiziente Heizsysteme belasten einkommensschwache Haushalte überproportional.

Eine mögliche Alternative könnten demnach spezielle „Sanierungsverträge“ sein, die nach dem Vorbild der bereits umgesetzten Klimaschutzverträge für Unternehmen gestaltet sind und auch die EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie unterstützen. Diese Verträge könnten Vermieter verpflichten, Sanierungen umzusetzen, ohne Mieterhöhungen durchzuführen. Im Gegenzug würden sie staatliche Subventionen – aus den Einnahmen des CO₂-Handels – erhalten.

Weitere Optionen der Einkommensrückführung, z.B. Steuersenkungen und Investitionen in nachhaltige Projekte, werden im aktuellen Blickpunkt Nachhaltigkeit des LBBW Research diskutiert: [Klimageld: Effektives Instrument oder zu kurz gedacht?](#)

Über die LBBW:

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ist eine mittelständische Universalbank sowie Zentralinstitut der Sparkassen in Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz. Mit einer Bilanzsumme von 333 Milliarden Euro und rund 10.000 Beschäftigten (Stand 31.12.2023) ist die LBBW eine der größten Banken Deutschlands. Kernaktivitäten sind das Unternehmenskundengeschäft, speziell mit mittelständischen Unternehmen, und das Geschäft mit Privatkunden sowie mit den Sparkassen. Ein weiterer Fokus liegt auf Immobilien- und Projektfinanzierungen in ausgewählten Märkten sowie dem kundenorientierten Kapitalmarktgeschäft mit Banken, Sparkassen und institutionellen Anlegern.

Kontakt

LBBW
Ricarda Bohn
Mobil: +49 151 46366378
E-Mail: ricarda.bohn@lbbw.de
Webseite: <https://www.lbbw.de>